KIKERIKI
ZEITUNG FÜR DIE KITZINGER BÜRGER

NR. 27
Dezember 2019
KOMMUNALE INITIATIVE KITZINGEN

Planlos in die Zukunft?

KIK fordert neue Strategie im Wohnungsbau

Bereits seit dem Jahr 2015 beschäftigt sich die Kommunale Initiative Kitzingen (KIK) eingehend mit der Thematik „Bau von bezahlbarem Wohnraum in der Stadt Kitzingen“.

Ohne Zweifel sind in den vergangenen Jahren durch private Investitionen nicht wenige neue Wohnungen in Kitzingen entstanden, so z.B. auf dem ehemaligen Gelände der Brauerei Bürgerbräu oder der Baywa bzw. von Samenfetzer. Allerdings gehören diese durchwegs zur Kategorie „oberes Preissegment“, egal ob man sich dort eingekauft oder eingemietet hat.

Der Bau von Sozialwohnungen dagegen stand und steht wegen der mangelnden Profitabilität nicht auf der Agenda privater Bauherren. Dies ist deshalb aus der gesetzlich verankerten Verpflichtung zur Daseinsfürsorge eine Aufgabe der Kommune, der die Stadt Kitzingen jedoch in den letzten 20 Jahren nicht nachgekommen ist.

Bedarf an bezahlbarem Wohnraum nicht gedeckt

Bei der Vergabe einer der existierenden Sozialwohnungen stehen heute oftmals zwischen 30 und 40 Bewerber vor der Tür, d.h. hier gibt es einen echten Bedarf. Deshalb beschloss die KIK sich für den Bau von neuen bezahlbaren Wohnungen einzusetzen.

Im Jahr 2015 initiierte die Kommunale Initiative Kitzingen mit ihrem Antrag Nr. 166 die Anberaumung einer Sitzung zu diesem Thema. Die Mehrheit des Stadtrates konnte sich aber in der Folge – und das gilt bis heute – zu keiner planvollen Strategie entschließen. Lediglich das Projekt Breslauer Straße wurde angegangen. Wie jeder Kitzinger weiß, wurden dort 8 Blocks mit 80 überalterten Wohnungen der Städtischen BauGmbH abgerissen, die durch 58 neue ersetzt werden. Der Bau hat jedoch bisher aufgrund verschiedenster Planungsmängel noch nicht begonnen.

KIK Wohnraumoffensive 2019

Die KIK beschloss im Jahr 2019, den Stadtrat mit einer Wohnraumoffensive in Form von diversen Anträgen (Nr. 170-176/2019) zu konfrontieren.
Ziel der KIK war ein Stadtratsbeschluss für ein Konzept zum Bau von ca. 130 bezahlbaren Wohnungen bis zum Jahr 2025, das eine langfristig angelegte verbindliche Strategie einschließlich Finanzierung festschreibt. Hierbei sollte auch eine Lösung für das Notwohngebiet Egerländer Straße eingeschlossen werden.
Ein Meilenstein auf diesem Weg war nun die Durchführung einer moderierten Sondersitzung zum Thema Wohnen, die auf Initiative der KIK mehrheitlich beschlossen und anberaumt wurde.

Ergebnis der Sondersitzung am 5.11.2019

Alle Fraktionen stimmten der Forderung zu, dass Kitzingen 130 zusätzliche bezahlbare Wohnungen braucht, die bis zum Jahr 2026 fertiggestellt sein sollen.
Auf welche Art dieser Wohnraum geschaffen wird, soll jetzt im Rahmen einer Machbarkeitsstudie ermittelt werden.
Warum ist das Ergebnis dieser Sondersitzung ein Meilenstein? **Alle Fraktionen** haben sich auf ein **gemeinsames Ziel** einschließlich Umsetzungszeitraum geeinigt. Ein viel versprechender Anfang ist gemacht, nun müssen jedoch auch konkrete Beschlüsse zur Umsetzung folgen.

Steter Tropfen höhlt den Stein

Die KIK ist fest entschlossen, dieses Brett weiter zu bohren, so lange bis ein respektables Ergebnis erzielt wird.

Alle KIK-Anträge sind im Wortlaut nachzulesen unter:
www.kik-kitzingen.de/stadtratsarbeit

Wo ist der STADTENTWICKLUNGSPLAN?

Leider ist es so, dass es bis heute keinen Stadtentwicklungsplan gibt, in dem der Stadtrat definiert, wie er – wie der Name schon sagt – die zukünftige Entwicklung Kitzingens steuern will.
Vermutlich ist dies dem Umstand geschuldet, dass dieses Instrument der Stadtplanung sehr komplex ist und die Bereiche Innenstadtentwicklung, Wohnen, Verkehr, Gewerbeansiedlung, Internet- und Stromversorgung (im Hinblick auf die kommende E-Mobilität) umfassen müsste. Doch der zugegebenermaßen hohe Aufwand würde sich langfristig lohnen, da dann die Entwicklung der Stadt zielgerichtet vonstatten gehen würde.

Investor kauft Kitzingen auf

Im Moment kauft sich der Investor Rosentritt aus Würzburg kräftig in Kitzingen ein.
Er errichtete die Wohnanlage auf dem Gelände der BAYWA und 2 weitere Objekte auf dem Gelände des ehemaligen Kohlensäurewerks an der Glauberstraße. Desweiteren will er die Schmiedelsche Villa an der B8 umbauen und mit einer Wohnanlage ergänzen.
Nach dem Erwerb des Schwalbenhofes schlug er auch beim ehemaligen Kaufhaus STORG zu und kaufte kurzerhand die gesamte Immobilie.
Noch nicht ganz in trockenen Tüchern ist der Kauf des städtischen Hauses in der Schrannenstraße 35, wo das Kitzinger Bürgerzentrum seit 2004 etabliert ist. Der Verein mit vielen ehrenamtlichen Helfern versucht im Moment noch verzweifelt seine Versammlungsstätte samt Bürgerstube zu retten. Das angrenzende ehemalige Baywa-Gebäude und zwei weitere Häuser daneben befinden sich bereits im Besitz Rosentritts. Zusammen mit dem Bürgerzentrumshaus soll hier ein Hotel mit Gastronomiebetrieb entstehen.

Innenstadtentwicklung nach dem Zufallsprinzip

Somit wurde und wird ein nicht unerheblicher Teil der Innenstadtentwicklung von einem privaten Investor übernommen. Die Pläne werden meist ohne Hinzuziehung des Stadtrates mit dem Bauamt abgestimmt, obwohl es hier durchaus um Stadtbild prägende Bauwerke geht. Aber die Mehrheit der Stadträte und -rätinnen findet diese Vorgehensweise in Ordnung und entwickelt auch selbst keine konkreten Vorstellungen wie die Stadt zukünftig aussehen soll. Damit bleibt es beim Zufallsprinzip aus privater Hand.

Wie schafft eine Kommune bezahlbaren Wohnraum?

Die Situation für Mieterinnen und Mieter mit mittleren und niedrigen Einkommen ist auch in Kitzingen nicht einfach. Es fehlen bezahlbare Wohnungen.

Stadtrat, Stadtverwaltung und die Kitzinger Bau GmbH haben diese Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt jahrzehntelang verschlafen bzw. ignoriert.

KIK stellt Anträge

Die KIK erläuterte in ihrem Antrag Nr. 175 ein ganzes Bündel an kommunalpolitischen Instrumentarien, die außer einer eigenen Bautätigkeit alternative Wege zur direkten und indirekten Wohnraumbeschaffung vorstellen.

Hier bieten sich die Nachverdichtung, der Dachausbau, eine Satzung gegen Zweckentfremdung, der Erlass von Baugeboten, die Leerstandsbehebung und ein Instandsetzungsgebot bis hin zu einer Verpflichtung privater Bauherrn beim Bau von Mehrfamilienhäusern einen Anteil an sozial gebundenem Wohnraum zu schaffen.

Dies sind alles probate Instrumente, die andernorts eingesetzt werden. Also kein Teufelszeug, sondern wirksame baurechtlich abgesicherte Maßnahmen.

Der Antrag Nr. 176 beinhaltet Maßnahmen im Rahmen der Bodenpolitik und der Ausweisung von Grundstücken sowie Festsetzungen in Baugebieten. Auch hier wird eine Palette andernorts bereits gehandhabter Praktiken, um dem Ziel einer Versorgung der Bürger mit sozialem Wohnraum nachzukommen präsentiert.

Die in den Anträgen angeführten Handlungsbeispiele stießen im Kitzinger Stadtrat leider nur auf wenig Gegenliebe.

Die Hoffnung stirbt zuletzt!

Die KIK wird aufbauend auf dem fraktionsübergreifenden prinzipiellen Beschluss zur Wohnraumschaffung immer weiter Vorschläge unterbreiten, um diesem Ziel näher zu kommen.

Den Mietern in der Alten Poststraße (li) wurde gekündigt. Jetzt steht das städtische Haus leer und soll langfristig durch ein Mehrfamilienhaus ersetzt werden. Allerdings nicht vor 2026! Im Haus Rosenstraße Nr. 24 stehen 2 Wohnungen leer, der Rest soll entmietet werden, um das Gebäude zu sanieren. Das Bauamt lässt sich jedoch auf keinen Termin zum Beginn der Maßnahme festlegen. Begründung: Personalmangel. Bis dahin steht also der Wohnraum weiterhin leer.

Städtischer Wohnraum bleibt ungenutzt

In Kitzingen steht kommunaler Wohnraum einfach leer: Z.B. ein Wohnblock in der Zeppelinstraße, ein städtisches Haus in der Alten Poststraße und eine große Anzahl an Wohnungen in den Häusern am Galgenwasen. All diesen Wohneinheiten ist eines gemeinsam: Sie sind sanierungsbedürftig, bei manchen zieht man auch den Abriss und einen Neubau in Betracht.

Dass hier quasi nichts vorangeht, begründet die Bau GmbH mit der notwendigen Entmietung und Personalmangel, der eine bauliche Aktivität erst in einigen Jahren möglich mache. Und bis dahin?

Hier ist nun der Stadtrat gefordert, der bestimmt, welche Projekte verwirklicht werden sollen. Das ist zumindest die Theorie. In der Praxis jedoch ist es allzu häufig die Verwaltung, die vorgibt, wie der Hase läuft – zumindest ist das in Kitzingen so. Es wird Zeit, dass sich die hiesigen Kommunalpolitiker auf ihre Pflichtaufgaben besinnen und im Sinne der Allgemeinheit diesen unerfreulichen Zustand so bald wie möglich beenden.

Nur wenn die Bürger unsere Position stärken und unsere Aktivitäten unterstützen, können wir unsere Ziele für Kitzingen verwirklichen.

Am Galgenwasen (li) und in der Zeppelinstraße stehen Wohnungen seit geraumer Zeit leer. Die Häuser am Galgenwasen müssen abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden, in der Zeppelinstraße steht eine grundlegende Sanierung an. Auch hier ist kein Maßnahmebeginn in Sicht.

KIK setzt sich für Wohnraumschaffung ein!

Deshalb Liste KIK wählen!

Meiner Meinung nach muss für die Repräsentanten unserer Stadt die Schaffung, bzw. das Bereithalten von Wohnraum eine zentrale Aufgabe sein.

Das Wohnen, ein Zuhausehaben, sei es in einer Mietwohnung oder in einem eigenen Haus, ist eine der wichtigsten Grundlagen für das persönliche Dasein. Es ist so grundlegend wie das tägliche Brot, Wärme oder Kleidung.

Wolfgang Popp, KIK-Stadtrat

Folgende Aktivitäten sind notwendig:
-Clevere und rechtzeitige Bodenvorratspolitik für evtl. spätere neue Baugebiete
-Hilfen anbieten für schnellere Baugenehmigungen
-Beratung bei Förderanträgen für private Wohnungs- und Häusersanierungen in allen Stadtgebieten (Dachausbau)
-umgehende Sanierung der sich im Besitz der Stadt/bzw. Bau-GmbH befindlichen leer stehenden Wohnungen/Häuser
-Förderung/Beratung beim Schließen von Baulücken

IMPRESSUM

KIKERIKI

Einzige unabhängige und kostenlose Zeitung für den kritischen Bürger. Zu Risiken beim Lesen sowie zu Nebenwirkungen auf Ihre Weltanschauung fragen Sie Ihre KIK-Stadträte.
Info unter: www.kik-kitzingen.de
ViSdP: Renate Haass, Marshall-Height-Ring 64
97318 Kitzingen

100 Jahre Kitzinger Baugesellschaft

Am 21. Februar 1919 fand die Gründung einer Kitzinger gemeinnützigen Baugesellschaft statt.

Auslöser für diesen Schritt war die enorme Wohnungsnot nach dem 1. Weltkrieg. Einem Bericht der Kitzinger Zeitung zufolge hatte der Stadtrat bereits am 4. Februar einstimmig beschlossen die Kitzinger Baugenossenschaft zu gründen und 20.000 Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

Die Ziele der Gesellschaft wurden formuliert: Der Bau von Wohnhäusern aller Art, Siedlungs- und Kleinwohnungsbau, Aufkauf und Verkauf von Wohnhäusern und Grundstücken bis hin zu Vermietung und Verpachtung von Häusern und Wohnungen sowie die Gewährung von Baudarlehen, gehörten zu den vielfältigen Aufgaben der neuen GmbH.

Dieses Vorhaben überzeugte die am 21. Februar anwesenden Bürger, sodass sie noch während der Versammlung spontan Gesellschaftsanteile im Wert von 44.500 Reichsmark zeichneten.

Kitzinger Wohnungspolitik nach 100 Jahren

Im Jahr 2019 existiert die Kitzinger Bau GmbH noch immer, an der Definition der Aufgabenstellung hat sich im Prinzip nichts geändert.

Heute fehlt es jedoch bei der Bewältigung von Wohnungsneubau oder Wohnraumsanierung eindeutig an der dafür notwendigen Dynamik. In den letzten Jahrzehnten beschränkte man sich weitgehend auf das Verwalten der bestehenden Wohnungen. Verblieben ist eine bürokratisch ausgerichtete Einrichtung, die als 100%ige Tochter der Stadt äußerst behäbig die vorgegebenen Aufgaben abarbeitet. Die Bereitschaft die neuen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt mit Empathie anzugehen ist eher gebremst. Der anpackende Elan und die zielstrebige Umsetzung der selbst gestellten Aufgaben durch die Verantwortlichen vor 100 Jahren erfüllt mit Bewunderung und hinterlässt gleichzeitig Wehmut darüber, dass der moderne Mensch offensichtlich nur schwer in der Lage ist sich für seine Arbeit zu begeistern.

Stimmt die heutige Zielrichtung noch?

Die unbefriedigende Gesamtentwicklung der städtischen Bau GmbH ist nicht alleine der Geschäftsführung geschuldet, sondern auch dem Aufsichtsrat (bestehend aus zwölf Stadträten und dem OB als Vorsitzenden), der innerlich distanziert von der Wohnraumrealität seine Entscheidungen trifft und die vorgelegten Berichte und Vorlagen kaum hinterfragt. Insgesamt scheint man die verantwortlichen Aufsichtsräte möglichst wenig »belästigen« zu wollen, denn die Informationspolitik in der Bau GmbH ist verbesserungswürdig und funktioniert bisweilen nur auf gezielte Anfrage.

Im letzten Jahr kamen einige kritische Stimmen aus dem Aufsichtsrat auf, inwieweit der damals anstehende Wechsel in der Geschäftsführung dazu genutzt werden könnte die Arbeitsfelder bzw. die schleppende Umsetzung von Maßnahmen zu hinterfragen. Die in den Raum gestellte Frage, ob die jetzige Geschäftspolitik überhaupt noch im Einklang mit den definierten Zielen der Gesellschaft steht, war nur ein kurzes Aufflackern politischen Ungehorsams gegenüber dem Vorsitzenden, der den Status quo verteidigte. Couragierter Einsatz und Mut gehören nun mal nicht zu den verbreiteten Tugenden der Aufsichtsratsmehrheit, die letztlich die Wohnbaupolitik in KItzingen bestimmt.

Jubiläum vergessen

Fakt ist: Die Jubilarin Bau GmbH konnte sich nicht zeitgemäß neu definieren. Man spürt, dass Bürokratie und Leidenschaftslosigkeit an der Hundertjährigen deutliche Abnutzungsspuren hinterlassen haben. Kein Wunder, dass die Bau GmbH unter solchen Umständen den eigenen 100. Geburtstag vergessen, geschweige denn gefeiert hat.

Steine des Anstoßes

Barrierefreiheit in der Innenstadt

Am 17.10.2019 wurde vom Kitzinger Stadtrat folgender Beschluss gefasst: *Die Stadt Kitzingen beantragt beim Städtebauförderungsprogramm III - Stadtumbau West für den Zeitraum bis 2023 über 5 Millionen Euro für verschiedene Maßnahmen.*

In dieser Bedarfsmitteilung sind auch ca. 2 Mio. Euro für die Neu/Umgestaltung der Innenstadtstraßen vorgesehen, und dabei wurde explizit der Aspekt der Barrierefreiheit angeführt. Endlich bestünde hier die Möglichkeit zur Erneuerung von Straßen- und Platzbelägen, die seit Jahren vielen Kitzinger Bürgern, aber auch Besuchern, ein sicheres Bewegen erschweren oder gar unmöglich machen.

Problem historisches Pflaster

Auf der einen Seite besteht das zum historischen Stadtbild gehörende Pflaster auf Straßen und Plätzen, auf der anderen ist es seit Jahren ein erfolgloses Bemühen der Mitglieder des städtischen Beirates für Senioren und Menschen mit Behinderungen und anderen Organisationen, begehbare Flächen in der Innenstadt so zu entschärfen, dass man vor allem auch bei feuchter Witterung sicher vorankommt.

Eltern mit Kinderwägen, Senioren zu Fuss oder Einkaufsrolli, Rollator oder gar Rollstuhlfahrer treffen in der Innenstadt von Kitzingen auf erhebliche Hindernisse bei der Mobilität. Diese sind auch bekannt, aber bis auf 2 Minimaßnahmen vor dem Städtischen Bauamt und der Evangelischen Stadtkirche ist es selbst nach 2 Jahrzehnten immer noch nicht gelungen, zumindest die unten aufgeführten Barrierestellen zu beseitigen. Nach den Erfahrungen aus den vergangenen Jahren ist mit einer raschen Verbesserung der Gesamtsituation eher nicht zu rechnen!

Deshalb sollten wenigstens folgende Maßnahmen isoliert von den vorgesehenen größeren Umgestaltungsvorschlägen „Königsplatz Luitpoldstraße/Kaiserstraße“ und „Marktplatz/Fußgängerzone“ vorzeitig umgesetzt werden:

- der Aufgang an der Alten Burgstr. (Högner)
- der Schwalbenhof
- Vorplatz der katholischen Stadtkirche

Wolfgang Popp
Vorsitzender des Beirates für Senioren und Menschen mit Behinderungen

Staatsarchiv in der Kritik

Geldverschwendung oder Stadtbildbereicherung??

Der Architektenwettbewerb für das neue Staatsarchiv auf dem Deusterareal ist entschieden. Mit dem 1. Preisträger entschied sich die Jury für einen konventionell gestalteten Baukörper mit neben- und übereinander gestapelten Kuben.

Insgesamt zeitigte der Wettbewerb kein herausragendes architektonisches Highlight. Die eingereichten 25 Entwürfe, viele davon gleichförmig in Kubenform angelegt, zeigen nichts Neues oder Kreatives. Extravagante Entwürfe, die den Zeitgeist aufnehmen, verarbeiten und widerspiegeln, sind nicht dabei. Nur ein Teilnehmer versuchte mittels eines in den Untergrund gedrückten Baukörpers mit begrüntem Rampendach dem Archivneubau etwas Besonderes mitzugeben. Das Dach bildet eine begehbare Plattform, die am Ende einen Panoramablick auf Main und Schwanberg freigibt. Leider landete diese Planung nur auf dem 4. Platz.

Bekommen hat Kitzingen nun ein Objekt, das mit seiner äußeren Erscheinungsform kein gesteigertes öffentliches Aufsehen erregen wird. Man hat sich bei der Entscheidung wohl von der Provinzialität Kitzingens beeinflussen lassen. Eine verpasste Chance. Schade.

Größere Wellen als das Erscheinungsbild werden die Baukosten schlagen, die bereits Eingang in das für Steuerverschwendung aufgelegte Schwarzbuch des Bundes für Steuerzahler gefunden haben. Inzwischen sind die 2016 geschätzten Baukosten bereits um ca. 17 Mio gestiegen. Mit nun 63,5 Mio für die Herstellung von Gebäude und Außenanlage und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass nur 17 Arbeitsplätze entstehen und mit den Mitarbeitern aus Würzburg besetzt werden, sind die Projektausgaben laut BSt unverhältnismäßig hoch.

Der Preisträger-Entwurf: Versetzt gestapelte Kuben auf dem Deusterareal

Der Planer dieser Rampenlösung mit Aussichtsplattform auf dem Archivdach zum Schwanberg hin war bemüht einen alternativen Ansatz zu präsentieren, ist aber an den Vorstellungen der Jury gescheitert und landete nur auf Platz 4.

Für eine außergewöhnliche Gestaltung, wie z.B. das skulpturenhafte saudische Kulturzentrum in Dhahran, dessen architektonische Qualität international Beachtung findet, fehlte wohl in Kitzingen der Mut.

Ob sich diese heutige Kostenschätzung halten lässt, wird von Fachleuten bereits bezweifelt.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Stadt für die Herstellung und Pflege der Reststücke des nicht bebauten Grundstücks selbst aufkommen muss.

Marshall Heights – Das Angebot steht

Georg Wittmann teilte der KIK auf Anfrage mit: ... »*Ich habe der Stadt Kitzingen schon lange angeboten einen oder mehrere Wohnblocks mit jeweils 24 Wohnungen zu renovieren und anschließend an die Stadt zu vermieten. Somit könnte, zumindest für den Beginn, genügend sozialer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Ich würde mich freuen, wenn die Stadt mein Angebot annehmen würde.*«

KIK meint: Ein überlegenswerter Vorschlag!

***Georg Wittmann**, Eigentümer der Wohnsiedlung Marshall Heights*

Eine Option für die Stadt: Freie Wohnblocks in den Marshall Heights könnten nach der Sanierung zeitnah neue Mieter aufnehmen.

Bauamt kann auch schnell

Investoren für große Bauprojekte wie z.B. die Neubauten in der Glauberstraße werden von Rathaus und Bauamt hofiert, um deren Vorstellungen mit Elan zur Genehmigung zu führen. Dieses Entgegenkommen wünschten sich so manche Normalbürger bei ihren Bauanträgen, wenn sie mit bürokratischer Bedächtigkeit durch die Mühlen der Verwaltung gedreht werden.

Die Beschwerden in dieser Hinsicht häufen sich, das Amt selbst sieht sich jedoch nicht als Verursacher dieser Situation. Vielmehr – so die Aussage – kämpfe man gegen die enormen Unzulänglichkeiten bei der Beantragung durch Bauherren und deren Architekten. Auch der mehr als akute Personalmangel, der offenbar bei potenten Investoren eine untergeordnete Rolle spielt, wird immer wieder ins Feld geführt.

»Bürger Normalo« hat das Nachsehen.

Thomas Steinruck, KIK-Stadtrat

... weitere Flächenversiegelung durch Wohnbebauung auf das Nötigste reduzieren, deshalb Geschosswohnungsbau erstellen und bestehende, schon versiegelte Flächen durch z.B. Aufstockung oder Nutzung von geeigneten Dachräumen dem Wohnen zuführen

Endlosdrama mit dem Notwohngebiet

Seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, ist das Notwohngebiet in der Egerländer Straße immer wieder Thema im Kitzinger Stadtrat, nicht zuletzt bedingt durch die diversen Anträge der KIK, die seit langem für dessen Auflösung eintritt.

Bauliche Situation

Die in den 1960er Jahren mit einfachster Bauweise und Ausstattung errichteten sogenannten »Schlichtwohnungen« entsprechen in keinster Weise den heutigen Wohnraumstandards noch den Vorstellungen von einem sozial verträglichen Umfeld für Kinder und Jugendliche. Eine Sanierung dieser maroden Gebäudestrukturen stünde in keinem akzeptablen Verhältnis zu den Kosten. Deshalb sollten die vier Wohnblocks komplett abgerissen werden.

Die Zahlen

Die Zahl der Obdachlosen (Durchreisende oder z.B. rumänische Straßenmusiker), die kurzfristig und für nur wenige Tage in Kitzingen eine Unterkunft zur Übernachtung benötigten, war in den letzten 3 Jahren mehr als geringfügig.

Die durch Katastrophen wie Brandereignisse oder Überschwemmung plötzlich auftretende Wohnungslosigkeit war in der Vergangenheit zahlenmäßig ebenfalls als gering einzustufen.

Die tatsächlichen Ursachen für Wohnungslosigkeit waren auf Ehestreitigkeiten, kurzfristige Unterbringung wegen Hausverbots oder auf Zwangsräumungen wegen nicht geleisteter Mietzahlungen zurückzuführen. Hinzu kam die Einweisung bei Wohnraumverweigerung für Familienangehörige, z.B. durch Eltern, und zunehmend die Unterbringung bleibeberechtigter Flüchtlinge, die keine Wohnung finden.

Eine Unterbringung im Notwohngebiet sollte im Prinzip nur vorübergehend sein, bis eine Lösung für die Betroffenen gefunden ist. Das Kitzinger Notwohngebiet zeichnet sich jedoch durch den speziellen Umstand aus, dass hier eine größere Personengruppe seit den 1960er Jahren über nun bereits mehrere Generationen hinweg fest ansässig ist. Dadurch entwickelte sich dort ein sozialer Brennpunkt, der allgemeinhin in der Bevölkerung auch als solcher bekannt ist.

Die Einweisung von Personen, die aus den verschiedensten oben genannten Gründen keine Bleibe haben, bedeutet besonders für Familien mit Kindern einen unhaltbaren Zustand.

Deshalb fordert die KIK:

1. Neubau von ca. 20 Wohneinheiten (in Modularbauweise) für die vorübergehende Unterbringung von Obdachlosen und Bürgern mit akuter Wohnraumnot auf dem durch den Abriss frei werdenden Gelände in der Egerländer Straße. Das restliche Gelände könnte für normale Mehrgeschossbebauung Verwendung finden.
2. Für alle anderen Gruppen von Wohnungslosen ist eine dezentrale Unterbringung anzustreben.

Durch eine neu zu schaffende Stelle, die sich der Prävention von Wohnungslosigkeit widmet, ist prinzipiell dem Wohnungsverlust entgegenzuwirken, z.B. durch Vermittlung bei Mietzinsstreitigkeiten, Familienzwist etc.

Es bewegt sich was...

Seit vielen Jahren thematisiert die KIK das Problemfeld Notwohngebiet. Im Jahr 2019 startete sie mit den Anträgen Nr. 171 und 174 einen neuen Versuch dort etwas zum Positiven zu bewegen, traf jedoch wie schon früher im Stadtrat auf wenig Empathie. Ausnahme: Stadträtin Andrea Schmidt.

Bemerkenswert ist nun, dass sich sämtliche OB-Kandidaten plötzlich für eine Lösung im Notwohngebiet stark machen. Von diesem „Engagement“ hätte man sich in der Vergangenheit mehr gewünscht, dann wäre das Thema jetzt schon längst abgearbeitet.

Das Kitzinger Notwohngebiet
Ein hausgemachtes Problem

Schicksal Wohnungslos

Nach einer Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe waren im Jahr 2018 in ganz Deutschland ca. 678.000 Menschen wohnungslos mit steigender Tendenz. Besonders junge Erwachsene und Alleinerziehende sind dabei betroffen, darunter etwa 8% Kinder und Jugendliche. Steigend ist auch die Zahl der wohnungslosen anerkannten Flüchtlinge. Etwa 41.000 Menschen leben ohne jegliche Unterkunft auf der Straße.

Als Hauptgrund für die zunehmende Zahl der Wohnungslosen wird das unzureichende Angebot an bezahlbarem Wohnraum, die Schrumpfung des Sozialwohnungsbestandes und die Verfestigung von Armut genannt.

Als wohnungslos bezeichnet man Menschen, die nicht über einen Mietvertrag verfügen und z.B. in Notunterkünften, stationären oder kommunalen Einrichtungen oder bei Freunden leben.

Obdachlose sind davon eine Untergruppe, sie haben keinen festen Wohnsitz und keine Unterkunft.

Der Landkreis verständigte sich Anfang der 1960iger Jahre mit der Stadt Kitzingen darauf gegen eine Zahlung von 400.000 DM sämtliche gestrandeten Personen und Familien aus dem Landkreis an einer Stelle in Kitzingen zusammenzuführen. Für diesen Zweck erstellte die Stadt in billigster Bauweise die sogenannten Schlichtwohnungen in der Egerländer Straße, möglichst weit entfernt von der im Wirtschaftswunder aufstrebenden Bürgerschaft.

Abseits gelegen zwischen dem US-Flugplatz und dem Ortsteil Siedlung, neben einem Schuttplatz, mussten diese Personen ihr neues Quartier beziehen und blieben sich weitestgehend selbst überlassen. Die Lebens- und Wohnumstände waren katastrophal, aber für die Kitzinger Bürger nicht sichtbar. Es entwickelte sich ein Milieu, geprägt von Alkoholmissbrauch, Kriminalität etc.

Obwohl allen Politikern und den Kirchen die nicht haltbaren sozialen Umstände bewusst waren, sah man dabei zu, wie die Bewohner immer tiefer im Präkariat versanken. Das Notwohngebiet in der Egerländer Straße war bald zur absoluten No-Go-Zone geworden, mit dem sich niemand befassen wollte.

Engagierte Studenten gründen den Arbeitskreis SAK e.V.

Ende der 1960iger Jahre erkannten einige engagierte Kitzinger Studenten die untragbare Situation und begannen im neu gegründeten Verein »Sozialer Arbeitskreises SAK« aktiv zu werden und gleichzeitig den Stadtrat für diese Zustände verantwortlich zu machen. Es entbrannte ein erbitterter Disput mit den verantwortlichen Kommunalpolitikern, die ihre soziale Verantwortung für diese Menschen ablehnten.

Daneben entstanden konkrete Hilfsprogramme des SAK-Vereins mit Bewohnerberatungen für Familienplanung, Verhütungsmaßnahmen und gesellschaftlichen Integrationshilfen. Für die Kinder und Jugendlichen bot man Lernhilfen, Hausaufgabenbetreuung und Freizeitgestaltung an. Dieser soziale Einsatz zeigte umgehend Wirkung, nicht zuletzt durch die massive Pressearbeit. Die Stadt stellte dem Verein Räume zur Bewohnerbetreuung zur Verfügung und schwächte ihre abwehrende Haltung gegenüber den SAK-Forderungen zusehends ab. Als der SAK jedoch forderte eine der kinderreichen Familien in einer freien städtischen Wohnung in der Rosenstraße unterzubringen, ging dies dem Stadtrat und der Bürgerschaft denn doch zu weit. Zahlreiche Bürger wehrten sich massiv gegen die Vorstellungen mit ehemaligen Bewohnern der Egerländer Straße zukünftig Tür an Tür zu leben, was sich bis heute vermutlich kaum geändert hat.

Notwohngebiet – Was ist das?

In einem Notwohngebiet soll die vorübergehende Unterbringung für folgende Gruppen gewährleistet werden:

1. Obdachlose: Diese Personengruppe ohne feste Bleibe kann den städtischen Wohnraum für maximal 2 Tage nutzen
2. Akut Wohnungslose: Dies sind Personen, die z.B. aufgrund eines Brandes plötzlich wohnungslos geworden sind und auf die Schnelle keine Unterkunft finden konnten. Ihnen soll hier vorübergehend (theoretisch maximal 3 Monate) ein Dach über dem Kopf geboten werden.

60 Jahre später

Im Jahr 2019, nach weiteren 60 Jahren, steht das Notwohngebiet als Mahnmal einer verfehlten Sozialpolitik immer noch zur Diskussion. Über Generationen hinweg wohnen etwa 20 Mietparteien auch heute noch dauerhaft in den mittlerweile vollkommen desolaten Gebäuden (sogar das Fernsehen berichtete von den unhaltbaren Zuständen), die sich trotzdem kaum vorstellen wollen woanders zu leben. Die Unfähigkeit der Kommunalpolitker soziale Probleme in Kitzingen zu analysieren und Lösungen zu suchen, wird hier mehr als deutlich.

Kein Umfeld für Kinder

Neben diesen Dauerbewohnern gibt es in der Egerländer Straße eine Anzahl von Personen und Familien, die aus den verschiedensten Gründen wohnungslos sind und dort von Amts wegen eingewiesen wurden. Zunehmend befinden sich darunter auch bleibeberechtigte Flüchtlinge, die keine Wohnung finden. Abgesehen von dem katastrophalen Zustand der Unterkünfte – von Wohnungen kann man eigentlich gar nicht mehr sprechen – ist auch das soziale Umfeld besonders für Kinder und Jugendliche nicht verantwortbar.

Nur die Abrissbirme hilft

Es ist kaum zu glauben, aber wahr, dass im Rahmen der im Jahr 2019 im Stadtrat geführten Diskussion tatsächlich auch die Ansicht vertreten wurde, die Unterkünfte mit möglichst geringem Aufwand zu »renovieren«. Jeder Cent, der in diese desolaten Gebäude gesteckt würde, ist hinausgeworfenes Geld. Zudem würde man die Situation des sozialen Brennpunktes weiterhin zementieren, was für manch einen anscheinend durchaus vorstellbar ist.

Es gibt nach Meinung der KIK, die von allen Fachleuten bestätigt wird, nur eine Lösung: Das Notwohngebiet muss aufgelöst und die Bewohner dezentral untergebracht werden. Auch wenn dies einige Zeit, Geld und Überzeugungsarbeit in Anspruch nimmt, kann nur so eine verantwortbare Lösung für Kitzingen gefunden werden.

Kommunale Initiative Kitzingen

www.kik-kitzingen.de

Aedificia KG: Wir können Bahnhof

Die weit reichenden Vorstellungen der Stadt für das Bahnhofsumfeld mit einem Großraumparkplatz, einem Zentralen Omnibus Bahnhof und der kompletten Umgestaltung des Vorplatzes inklusive eines barrierefreien Zugangs zum Bahnhof konnten bis heute nicht realisiert werden. Nach einer mehr als 12-jährigen Hängepartie, in der die Stadt ohne Erfolg versucht hatte sich mit der DB AG zu einigen, um ihre Pläne umsetzen zu können, wurde der Bahnhof verkauft.

Die AEDIFICIA KG, eine der Bahn AG nahe stehende Frankfurter Investmentfirma, hat den Zuschlag bekommen und will angeblich den Bahnhof umgehend wieder in Schuss bringen. Wohnungen und Ladengeschäfte sollen nach einem Umbau entstehen. Ihr Motto ist: Wir können Bahnhof. Das war im Januar 2019.

Kitzingen ist kein Einzelfall

Den Bahnhof der Stadt Schwelm (NRW) kaufte 2014 ebenfalls die Aedificia KG, mit dem Umbau wurde begonnen. Der Bau musste eingestellt werden, da die Bezahlung der Handwerker ausblieb. Das Geld sei vom beauftragten Generalunternehmer nicht weitergeleitet worden, so die Version von Aedificia, der dieser wiederum widerspricht. Wahrscheinlich müssen nun die Gerichte die Ursache für die Panne klären. Auf die Briefe und Telefonate der beteiligten Kommune Schwelm antwortet seit Monaten niemand. Funkstille.
Seit 2016 bemüht sich die Stadt Lohr vergeblich um einen Umbau ihres Bahnhofes durch Aedificia.
Die thüringische Stadt Altenburg kämpft auch mit der Verwahrlosung ihres prunkvollen Bahnhofes, seit Aedificia Ende 2017 der Besitzer der Immobilie wurde.
Beim Bahnhof im sächsischem Freiberg ist seit Übernahme im Oktober 2018 ebenfalls keine der versprochenen Sanierungen eingetreten. Überall das gleiche Problem. Aber ohne Abschluss von Mietverträgen will Aedificia nichts sanieren, wofür ausschließlich Fremdmittel eingesetzt werden, d.h. Kredite. Also ganz einfach: Ohne Mietverträge kein Kredit und somit keine Sanierung.

Kitzinger Parallelen

In Kitzingen passiert seit dem Ankauf im Januar 2019 auch nichts. Die Türen wurden verschlossen: Der Zugang zu den Gleisen geht nur noch über den Parkplatz. Unterstellmöglichkeiten für die Bahngäste gibt es keine mehr. Der Kartenverkauf ist eingestellt. Die DB gibt sich unbeteiligt. Mit dem Verkauf liegt nun die gesamte Verantwortung bei Aedificia.
Die Stadt Kitzingen beschränkt sich nun darauf ein grimmiges Gesicht zu zeigen, sah aber keinerlei Möglichkeit des Einschreitens, außer einen Brief zu verfassen, der – wie andernorts auch – keine Antwort erfährt. Wie soll es weitergehen? Sollte am Ende gar die

Stadt Kitzingen Steuermittel in die Hand nehmen und die schlimmsten Zustände beseitigen? Das wäre sicherlich im Interesse des Investors, der mit seiner 20-jährigen Erfahrung im DB Immobiliengeschäft wirbt, die Kommunen mit ihrem Interesse an einem funktionstüchtigen Bahnhofsgebäude aber im Zweifelsfall über Jahre hinhält.
Die täglich ca. 5000 Bahnkunden in Kitzingen sind die Leidtragenden des Ganzen.

Anna Schlötter
Ortsteilsprecherin Sickershausen

Der Stadtteil Sickershausen wartet noch immer auf die Ausweisung von Bauplätzen, obwohl als ein Anfang schon vor 5 Jahren 20.000 Euro dafür in den städtischen Haushalt eingestellt wurden.
Auch Bauplatzausweisungen tragen dazu bei neuen Wohnraum zu schaffen!

KIK wählen!

Schöne Aussichten: Der Sportplatz der Florian-Geyer-Halle wird wohl bei größeren Veranstaltungen als Parkplatz herhalten müssen.

Brüderlein + Schwesterlein = Wahlkampf + Stadthalle

Regelmäßig alle 6 Jahre werden – so lange unsere Erinnerung reicht – besonders von der CSU die Pläne für eine Stadthalle aus der Schublade »Wahlkampf« geholt.
Als die Christsozialen vor knapp 1 Jahr anfingen, das Thema Veranstaltungshalle wiederzubeleben, war klar: Hoppla, die nächste Wahl steht vor der Tür!
Zunächst schlug die CSU-Fraktion vor, die Stadt solle sich am Umbau eines ehemaligen US-Hangars in conneKT beteiligen und diesen dann für Veranstaltungen anmieten. Den ganzjährigen Bedarf für eine große Veranstaltungshalle nachzuweisen fällt allerdings schwer.

Wer braucht eine große Veranstaltungshalle?

Die KIKAG – 1x im Jahr, das AKG für die Abi-Feier – 1x im Jahr, die Jahresversammlung der VR-Bank – und weiter? Nebulös werden noch »Vereine und Firmen« genannt.
Also für eine Handvoll von Veranstaltungen sollen riesige Summen an Steuergeldern ausgegeben werden, ohne dabei die Wirtschaftlichkeit zu beachten?
Im September 2019 war es wieder die CSU, die das Karussell erneut in Gang setzte und dem Stadtrat mit einem entsprechenden Antrag die Uralt-Idee von der Florian-Geyer-Halle als Veranstaltungsort servierte.
Noch im Oktober 2018 hatte sich diese Fraktion allerdings strikt gegen einen Ausbau der Flo-Halle für Veranstaltungen ausgesprochen. Mit 4:23 Stimmen erteilte der Stadtrat damals der »Ertüchtigung der Florian-Geyer-Halle zu einer Mehrzweckhalle« eindeutig eine Absage, nicht zuletzt wegen der geschätzten Kosten von mindestens 1,8 Mio Euro. Im Juni 2019 wurde daraufhin ein Sanierungspaket für 510.000,- Euro beschlossen, womit die in die Jahre gekommene Halle wieder ausschließlich für den Sport auf Vordermann gebracht werden soll. Veranstaltungen mit bis zu 200 Personen sind hier jedoch erlaubt.
Jetzt wärmt die CSU die Kamelle wieder auf und beantragt einen Umbau der Flo-Halle »als provisorische Zwischenlösung« für Veranstaltungen mit bis zu 600 Personen. Dafür will sie für besseren Brandschutz und mehr Fluchtwege 300.000,- Euro in den Haushalt 2020 eingestellt haben.

Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln...

Der Stadtrat stimmt plötzlich – man reibt sich verwundert die Augen – mit 21:5 Stimmen (davon 3 der KIK, die seit Urzeiten konsequent gegen die Umwandlung der Flo-Halle stimmt) dem CSU-Antrag zu.
Die Mehrheit – ganz im Wahlkampfmodus – will jetzt auf einmal wieder eine Veranstaltungshalle, wohlwissend, dass mit der in diesem Zusammenhang lächerlichen Summe von 300.000 Euro nicht viel bewegt werden kann und dass mit dem Umbau neue, in der Summe unberücksichtigte Probleme auftauchen.
Die Halle wurde als reine Sporthalle seitens der Regierung gefördert. Die Umnutzung braucht jetzt eine Ausnahmegenehmigung, sonst müssen eventuell Zuschüsse zurückgezahlt werden.
Es ist auch die Frage, ob die Zahl der Toiletten vergrößert, die Lüftungsanlage anders berechnet werden muss etc.
Kurzum: Nichts genaues weiß man nicht, außer dass die Kommunalwahl sicher vor der Tür steht.
Es wäre allerdings erfrischend, man könnte sich zu dieser Gelegenheit mit der CSU auch mal über neue und für die Zukunft wirklich wichtige Themen auseinandersetzen als immer wieder über die alten mottenzerfressenen Themen abstimmen zu müssen.

Am Ende des Fußweges zwischen Innerer Sulzfelder Straße und Amalienweg trifft der Passant auf eine Treppenanlage, die im Zuge des Park & Ride-Parkplatzes am Bahnhof neu entstanden ist. Die Rampe ist zwar Fahrrad- und Kinderwagentauglich, für Rollatoren und Rollstühle hingegen falsch dimensioniert.

Hotelprojekt am Main: Viele offene Fragen bleiben unbeantwortet

Die Planung in der Schrannenstraße ein Hotel mit 100 Betten plus Gastronomiebetrieb zu etablieren, findet im Stadtrat mehrheitlich begeisterte Befürworter.

Der Investor Rosentritt aus Würzburg erwarb für dieses Vorhaben bereits das ehemalige Baywa-Lagerhaus (Nr. 33) und zwei weitere angrenzende Häuser (Nr. 29 und 31). Nun soll noch die städtische Immobilie Schrannenstr. 35, in der seit 2004 der Verein Bürgerzentrum e.V. einen Treffpunkt für Vereine und andere Gruppen zusammen mit einem Bürgercafé betreibt, an ihn verkauft werden, was die Überlassung des Vorplatzes (im Volksmund »Säulesmarkt«) und weiterer Flächen am Mainufer mit einschließt.

Wichtige Details nicht bekannt

Hinter verschlossenen Türen – ohne Einbeziehung des Stadtrates – wurden und werden von OB und Verwaltung die Verhandlungen vorangetrieben. Wichtige Details über Flächenübertragungen, den Wegfall von (Anlieger-) Parkplätzen sowie die zugehörige preisliche Gestaltung sind nicht bekannt.

Dieses System der Geheimhaltung wird von einer Stadtratsmehrheit toleriert. Auch eine Beteiligung der Bürger, die z.B. durch den Wegfall der (Anlieger-)Parkplätze betroffen sind, fand bisher nicht statt.

In einer nichtöffentlichen Stadtratssitzung Ende Oktober stellte Rosentritt seinen Architekturvorentwurf für das Projekt vor, der mit »*Stadtverwaltung und Denkmalschutz abgestimmt*« sei. Die Main Post veröffentlichte kurz darauf ein Gespräch mit dem Investor nebst Entwurfszeichnung.

Im Rathaus behandelte der Stadtentwicklungsbeirat anschließend das Thema, wo Stimmen aus den Reihen der Stadträte laut geworden sein sollen, die die vorgestellte mainseitige Fassadengestaltung des städtischen Hauses kritisierten. Deshalb soll der damit befasste Architekt in einer weiteren Stadtentwicklungsbeiratssitzung die Planung erläutern, wobei diese vermutlich als alternativlos dargestellt werden wird.

Die Mehrheit des Stadtrates will unbedingt ein Hotel und vor allem eine Gastronomie an diesem Standort am Main verwirklicht sehen, sodass die Zahl der kritischen Einwendungen insgesamt wohl sehr übersichtlich bleiben wird. Dass das von vielen Ehrenamtlichen langjährig getragene Bürgerzentrum seinen zentrumsnahen Standort verliert, ist eingepreist. Die Kündigung zum Jahresende 2019 steht. Eine Lösung, die den Erhalt dieser wichtigen soziokulturellen Einrichtung gewährleistet, ist bisher nicht in Sicht.

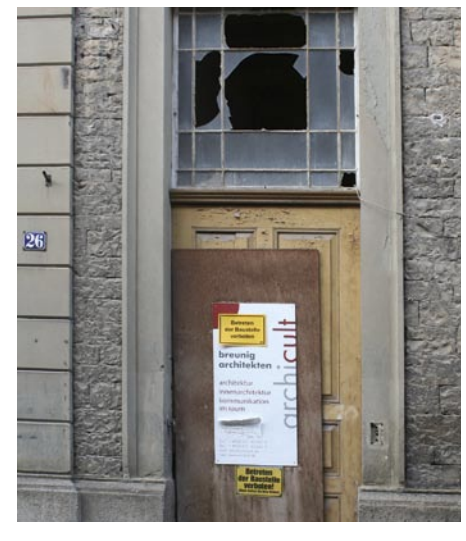
KD Christof, KIK-Stadtrat

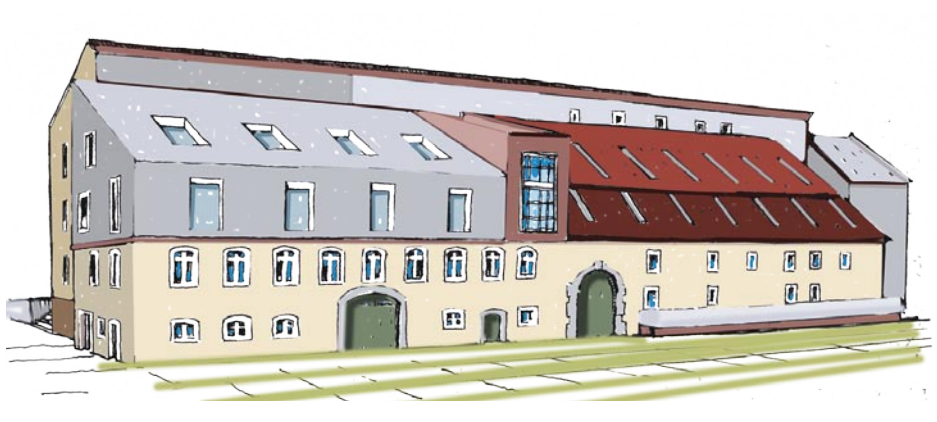
Die Stadt Kitzingen hat es in den letzten Jahrzehnten versäumt genügend Wohnraum für Familien und Einzelpersonen im unteren und mittleren Einkommensbereich zu schaffen. KIK setzt sich seit Jahren für eine Wohnungspolitik ein, die sich um die kleinen Leute kümmert, denn die Reichen können sich selbst helfen.

Baubeginn steht in den Sternen

Der Werbebanner der Investorenfirma hängt genauso traurig in den Seilen wie die Sanierung des Gebäudes der ehemaligen Gaststätte »Himmelsleiter« in der Oberen Bachgasse 26.

Seit über 2 Jahren – nach der Überlassung für 1,- Euro – passiert hier nichts. Schon alle bisherigen Vorbesitzer sind an der Herausforderung dieses Gebäude umzubauen gescheitert und haben es wieder an die Stadt zurückgeben müssen.





Mit einem modischen Look wird das Gebäude des ehemaligen Zollhauses (heute Bürgerzentrum) grundlegend in seiner historischen Struktur verändert. Die markante Dachlandschaft wird durch den Bau eines eintönigen Pultdaches nivelliert. Ein gekünstelter Anklang an die frühere mechanische Hebevorrichtung soll das Gebäude des ehemaligen Lagerhauses optisch von dem modernen Neubau trennen. Der Blick auf die Kitzinger Kulisse wird sich in seinem Charakter grundsätzlich ändern. Das Landesamt für Denkmalpflege scheint erstaunlicherweise dem Vorhaben nichts entgegensetzen zu wollen.

Denkmalschutz light

Aber auch ein historisch gewachsenes Stück Kitzingen wird auf dem Altar der Modernität geopfert werden. Verwunderlich ist in diesem Zusammenhang, dass das Amt für Denkmalschutz z.B. die große Zahl der Dachliegefenster auf dem ehemaligen Baywa-Lagerhaus akzeptiert hat, stammt der Dachstuhl doch von Balthasar-Neumann. Wie die Umgestaltung im Inneren aussehen wird, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Dem Vorbesitzer wurden jedenfalls noch enorme Auflagen für einen Umbau des historisch wertvollen Gebäudes gemacht, sodass er seine Pläne nicht in die Tat umsetzen konnte.

Bei dem Hotelprojekt scheint das Entgegenkommen von allen Seiten sehr groß zu sein bis hin zur Eliminierung der Parkplätze, die den Stadträten doch sonst so wichtig sind. Der Investor will – so der Artikel der Main Post – »*einen Beitrag* (zur Verschönerung der Schrannenstraße) *leisten, indem er den Hotel-Vorplatz umgestalten will. Da die Stellplatzverordnung der Stadt dort keine Parkplätze vorschreibt, wird er nur einige wenige anlegen, ansonsten viel Raum für Grün lassen*.«

Keine Zusammenarbeit mit den Bürgern

Man kann sicherlich der Aussage folgen, dass sich dort im Moment ein »*Parkplatzfriedhof*« befindet, der städtebaulich gesehen keinen Lorbeer gewinnt. Umso mehr wäre es spätestens jetzt an der Zeit zusammen mit den Anwohnern eine Alternative zu erarbeiten. Jeder will eine belebte Innenstadt – dazu gehört auch und besonders, dass die Menschen dort wohnen. Und dazu gehört heute auch unbedingt ein Fahrzeugstellplatz in der Nähe.

Sollte die Hotelplanung so genehmigt werden wie sie ist – und davon ist momentan auszugehen – wären Stadt und Stadtrat umgehend gefordert zusammen mit den Bürgern in eine städtebauliche Debatte zur Gestaltung des Umfeldes einzusteigen, um das Wohnen in der Schrannenstraße attraktiv zu machen.

Raum für GRAFFITI

Die gewaltige Stützmauer am Amalienweg für den darüber liegenden neu gebauten Bahnhofsparkplatz ist ein wahrhaft gelungenes Beispiel für ein »Grün raus - Beton rein«. Um die mehr als unansehnliche Fläche zu kaschieren, könnte die Stadt einen Wettbewerb für Graffiti-Sprayer ausschreiben, um wilden Schmierereien vorzubeugen.

Die KIK kann Ihnen nur nahelegen: Wählen Sie am 15. März die Liste KIK!

Wir treten nachweislich für eine aktive Wohnraumpolitik und für Bürgerbeteiligung ein!

Das KIK-Team für die Stadtratswahl am 15. März 2020

Nikola Bartsch, Dr. Martina Schuh, Maja Fischl, Roland Gack, Wolfgang Popp, KD Christof, Renate Haaß, Dero Omar, Regina Popp, Anna Schlötter, Reinhard Knieß, Paul Steinruck, Thomas Steinruck